Missbrauch: Klasnic-Kommission im Zweifel für das Opfer

Wien, 04.03.11 (KAP) Bei Missbrauchsvorwürfen entscheidet die Klasnic-Kommission im Zweifel für das Opfer. Das erläuterte der Sprecher der Unabhängigen Opferschutzkommission, Prof. Herwig Hösele, am Montag gegenüber dem ORF ("Salzburg heute" und "Zeit im Bild"). Anlass für die Berichterstattung waren Missbrauchsvorwürfe gegen den Salzburger Domprediger, die von der Erzdiözese Salzburg am Freitag dementiert wurden. In den beiden ORF-Sendungen kam auch der Leiter der kirchlichen Ombudsstelle in Salzburg, Prälat Hans Reißmeier, zu Wort. Er erläuterte die Prüfung der Vorwürfe durch die Ombudsstelle und bekräftigte die Einschätzung der Erzdiözese, wonach es weder zu einem sexuellen Missbrauch einer Minderjährigen noch zu späteren Vergewaltigungen gekommen sein soll.

Hösele erläuterte im Gespräch mit "Kathpress" am Dienstag, dass die Unabhängige Opferschutzkommission "jeden Fall individuell und anonym prüft" und von daher auch nie öffentlich konkret zu einem Fall Stellung beziehe. Deswegen gebe es seitens der Klasnic-Kommission weder eine Bestätigung noch ein Dementi, ob bzw. wie die Kommission über die Vorwürfe einer 47-Jährigen gegen den Salzburger Domprediger entscheide. "Absolute Vertraulichkeit gegenüber den Opfern hat für die Opferschutzkommission höchste Priorität und daran halten wir uns", sagte Hösele.

Jeder Fall wird im Zuge einer professionellen Clearingphase auf Plausibilität geprüft, beschrieb Hösele die Vorgangsweise der Opferschutzkommission. Ziel dieser Prüfung sei nicht ein "rechtliches Urteil", sondern ob jemand "höchstwahrscheinlich" Opfer von Gewalt oder sexuellem Missbrauch geworden ist und wie angemessen geholfen werden kann. "Wir entscheiden im Zweifel für das Opfer. Das muss dann aber kein Schuldspruch gegen jemand anderen sein," betonte Hösele. Dazu gehöre, dass jeder selbstverständlich zusätzlich auch den Rechtsweg beschreiten könne.

Als "üble Verleumdung aller Kommissionsmitglieder" bewertete Hösele die Behauptung, die Opferschutzkommission würde "Schweigegeld" zahlen. "Wer das sagt, greift so hochangesehene Persönlichkeiten wie beispielsweise die Vizepräsidentin des Verfassungsgerichtshofes genauso an wie den ehemaligen Jugendgerichtshofpräsidenten oder den vormaligen Wiener Stadtschulratspräsidenten", gab der Sprecher der Klasnic-Kommission zu bedenken.

Mehr auf www.kathpress.at (forts. mgl.) pwu/jop/

nnnn

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0217 2011-03-08/13:34

081334 Mär 11